



Anettes Monatsbericht

Februar 2019



Hier erhalten Sie aktuelle Informationen aus dem Landtag und den Plenardebatten in Hannover

Meisterprämie in Niedersachsen auch über 2019 hinaus



Copyright: CDU/Adrian Kubica c/o Banrap 1

Unsere Meisterprämie ist eine echte Erfolgsgeschichte. **Bis Mitte Februar wurden rund 2.300 Anträge bewilligt.** Das Handwerk lobt die effiziente, unbürokratische und digitale Abwicklung der Meisterprämie und weist darauf hin, dass die Meisterprämie von den Absolventinnen und Absolventen als eine große Wertschätzung wahrgenommen wird. Damit leistet die Prämie schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Handwerk und stärkt den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. **Die Meisterprämie in Höhe von 4000 € für eine bestandene Prüfung** leistet schon jetzt einen

wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Handwerk und stärkt den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Im Februar haben wir beschlossen, dass die Mittel für die Zahlung der Meisterprämie über 2019 hinaus bereitgestellt werden sollen.

Wir werden die Qualität der KiTa's verbessern und uns dem Fachkräftemangel entgegenstellen

Jedes Kind muss Zugang zu vorschulischen Bildungseinrichtungen bekommen - unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es war uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die im Koalitionsvertrag von SPD und CDU **vereinbarte Gebührenfreiheit für alle Kinder über 3 Jahren** schnell umzusetzen. Der zweite, wichtige Baustein ist die Qualität der frühkindlichen Bildung. Wir benötigen **gut ausgebildete Fachkräfte**. Diese müssen zugleich gute Rahmenbedingungen haben, um ihren vielfältigen Bildungsaufgaben gerecht zu werden. Für die vorschulische **Sprachförderung** werden seit letztem Jahr **insgesamt 32,5 Millionen Euro pro Jahr** zur Verfügung gestellt. Hiermit können zusätzliches Personal und Qualifizierungsmaßnahmen für den Bereich Sprachbildung und Sprachförderung von den Trägern finanziert werden.

In Anbetracht des steigenden Fachkräftebedarfs möchten wir die Attraktivität der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiter steigern. Ziel ist es, zusätzliche Zielgruppen und Personen für dieses Arbeitsfeld zu gewinnen. Bereits in diesem Schuljahr haben wir **600 zusätzliche Ausbildungsplätze**

geschaffen. Für die Einführung der Schulgeldfreiheit stellen wir im **Zeitraum bis 2022 insgesamt 16,4 Millionen Euro** zur Verfügung. Es ist uns ein großes Anliegen, die Umsetzung des **Gute-Kita-Gesetzes** auf den Weg zu bringen. Wir werden dieses Thema daher in den Fokus unseres nächsten Forums Frühkindliche Bildung Anfang März stellen. Wir haben die Weichen für die Zukunft der frühkindlichen Bildung in Niedersachsen gut gestellt und werden weitere Verbesserungen von Qualität und Teilhabe auf den Weg bringen.

Missbrauchsdebatte

In der Plenardebatte im Februar haben wir im Rahmen einer Aktuellen Stunde das Thema Missbrauch aufgegriffen. Anlass waren zwei aktuelle Ereignisse. Zum einen gab es die erschütternden Meldungen von einem Campingplatz in Nordrhein-Westfalen. Zum anderen fand der Antimissbrauchsgipfel der katholischen Kirche in Rom statt. Beide sind höchst unterschiedliche Vorgänge, die aber doch eines gemeinsam haben: Es geht um die Misshandlung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft und es geht darum, wie eine Gesellschaft mit diesem Missbrauch umgeht. **Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist unentschuldigbar.** Und doch suchen diejenigen, die die Verantwortung tragen, stets nach dieser Entschuldigung. Unsere **Justizministerin Barbara Havliza** hat es sich als erste Justizministerin bundesweit zur Aufgabe gemacht, die **strafrechtliche Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs** gemeinsam mit der katholischen Kirche - aus dem Selbstverständnis des **demokratischen Rechtsstaates** heraus - voranzutreiben. Sie hat zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran zugelassen, dass es **Sache des Staates** und eben nicht der Kirche ist, hier für Recht, aber eben auch für Strafe zu sorgen. Es war richtig, dass Barbara Havliza mit Nachdruck Einsicht in die Kirchenakten verlangt hat, damit unsere Justiz diese Straftaten verfolgen kann.

Zum Beschluss „Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern“

Auszug aus meiner Landtagsrede vom 27.02.2019:



„Hühnermobile, Fleisch- und Milchautomaten: Es gibt viele Beispiele für die erfolgreiche Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Insbesondere für kleine Betriebe, die unter dem massiven Strukturwandel und Wettbewerbsdruck in der Landwirtschaft leiden, stellt der Verzicht auf Zwischenhändler eine sinnvolle Alternative dar. Auch Verbraucher schätzen regionale Produkte immer mehr, weil sie wissen, woher ihre Lebensmittel stammen. Dass sich der Mut zum Umstieg lohnen kann, zeigen zudem

zahlreiche Start-ups aus Niedersachsen. Diese Entwicklung wollen wir unterstützen und fördern, indem wir kleine Betriebe beim Aufbau neuer Vermarktungswege beraten und auch bei Rechtsfragen zur Verfügung stehen. **Regionale Direktvermarktung stärkt unsere Regionen und sichert den Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.“**

Sportstättenförderprogramm

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport fördert bis zum Jahr 2022 die Sanierung kommunaler und vereinseigener Sportstätten mit zusätzlichen 100 Millionen Euro. Ab sofort kann diese Förderung **über das Internetportal des Ministeriums für Inneres und Sport eingesehen und Anträge gestellt werden**. Sport ist wichtig für die Gesellschaft und hat in Niedersachsen und für diese Landesregierung eine herausragende Bedeutung. Das Sanierungsprogramm wird dazu beitragen, die Sportstätteninfrastruktur zu erhalten und den über Jahre entstandenen Investitionsstau nachhaltig abzubauen. Die Zuwendung des Landes wird in Höhe von 40 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt und soll jeweils mindestens 50.000 Euro betragen. Maximal werden bei Sporthallen 400.000 Euro und bei Hallenschwimmbädern eine Million Euro als Zuwendung gewährt. Entschieden wird über die Vergabe der Mittel für 2019 **auf der Grundlage der bis zum 31. Mai 2019 vorliegenden Anträge**.



Spitzenforschung ist in Niedersachsen zu Hause

Die erfolgreiche Teilnahme niedersächsischer Universitäten an der Exzellenzstrategie des Bundes wird die Forschungsleistungen in den Zukunftsbranchen weiter beflügeln. Insbesondere für die forschungsintensivste Region Europas sehen wir gute Perspektiven für die kommenden Jahre: Die ausgezeichneten Cluster stehen nicht nur für eine spannende Forschung. Sie bereichern auch solche Branchen, die für die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens entscheidend sein werden.

Aus unserer Sicht muss nun auch die Anwendung niedersächsischer Spitzenforschung besser gelingen. **„Was hilft uns die beste Idee, wenn das daraus resultierende Produkt in den USA oder in Fernost entsteht**. Mit einer besseren Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Start-up-Zentren kann die Nutzung anwendungsorientierter Forschung spürbar verbessert werden“, betonte Meyer zu Strohen. Es ist zu begrüßen, dass die Hochschulen die Impulse der Exzellenzinitiative nutzen, um ihre Kompetenzen insbesondere in den Zukunftsfeldern weiter zu schärfen.

Politik muss kommunale Amtsträger und Ehrenamtliche schützen – Regierungskoalition beschließt 5-Punkte-Plan

Angesichts zunehmender Gewalt gegen kommunale Amtsträger und Ehrenamtliche in Niedersachsen haben CDU und SPD den von unserer Fraktion entwickelten 5-Punkte-Plan gegen Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt auf den Weg gebracht. In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Landesregierung unter anderem auf, Straftaten konsequent zu verfolgen, die Einführung eines Opferbeauftragten zu prüfen und die gewaltverhindernden Potentiale organisatorischer wie baulicher Maßnahmen in kommunalen Behörden zu untersuchen. Der bereits im vergangenen Jahr vorgestellte 5-Punkte-Plan verfolgt vor allem das Ziel, die Wertschätzung für Amtsträger und Ehrenamtliche präventiv im Rahmen einer Image-Kampagne zu erhöhen und Betroffene zu ermutigen, Angriffe zur Anzeige zu bringen. „Die Hemmschwelle für Beleidigungen und Gewaltandrohungen sinkt landesweit. Nicht nur

ehrenamtlich Tätige und Verwaltungskräfte sind betroffen, sondern auch ihre Familien, die unter den Einschüchterungen leiden. Viele Betroffene schrecken allerdings vor einer Anzeige zurück“, so Meyer zu Strohen. „Wir wollen die Menschen dazu ermutigen, den Weg zur Polizei zu suchen. Nur so kann geltendes Recht konsequent durchgesetzt werden.“

Wenn Einschüchterungen dazu führen, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger von ihren Ämtern zurücktreten oder gar nicht erst kandidieren, stellt diese Entwicklung eine Gefährdung für unsere Demokratie dar. Sie zu schützen ist Daueraufgabe von Politik.

Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020



Die EU-Kommission hat einen Vorschlag gemacht bei der sie Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik vorsieht. Kürzungen, die uns auch hier in Niedersachsen ganz erheblich treffen. Die **Agrar- und Ernährungswirtschaft hat für Niedersachsen eine sehr große Bedeutung**, denn jeder zehnte Arbeitsplatz ist von der Agrar- und Ernährungsindustrie abhängig. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir auch weiterhin eine starke gemeinsame Agrarpolitik in Niedersachsen haben,

und zwar in der ersten Säule mit den Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe. Diese haben eine besondere Verantwortung für die Ökologie im ländlichen Raum. Sie sind auch **ein stabilisierender Faktor in Jahren der Dürre**, wie wir sie im letzten Jahr hatten. Von der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik profitiert der ländliche Raum als Ganzes, indem in Infrastruktur, in Breitband, in Wegebau und andere Dinge vor Ort investiert wird. An dieser Gemeinsamen Agrarpolitik der EU hängen die Fördermaßnahmen des Landes Niedersachsen. Besonders wichtig ist uns, dass wir auch weiterhin ein angemessenes Budget für diese Förderung von der Europäischen Union bekommen, dass wir einen Strategieplan für Niedersachsen insgesamt entwickeln, welche Bereiche zu fördern sind, und dass wir auch **weiterhin in Umweltpflege und in den Klimaschutz investieren wollen**. Wir wollen **Bürokratie abbauen**. Wir wollen landwirtschaftliche **Familienbetriebe stärken** und die Wertschöpfungsketten in der Agrar- und Ernährungsindustrie insgesamt stärken. Dazu gibt es diesen **Elf-Punkte-Plan für die Agrar- und Ernährungsindustrie**. Der Agrarbereich ist zudem ein Bereich, in dem Themen wie Digitalisierung und autonomes Fahren schon seit Langem selbstverständlich sind. Die Industrie 4.0 ist in der Landwirtschaft bereits Realität. Insofern kommt der Agrarindustrie auch für die Innovationsförderung große Bedeutung zu.